Rumänien in Bedrängnis

Autor(en): **Schläppi, Bruno**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **63 (1971)**

Heft 9

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354525

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ohne deshalb den alten Zustand wieder herzustellen. Man hat die Vorbereitung positiver Gegenvorschläge versprochen, über deren Umrisse gegenwärtig noch nichts bekannt ist, die aber jedenfalls vor ihrer Ausarbeitung mit dem Gewerkschaftsbund durchgesprochen werden sollen.

J. W. Brügel, London

Rumänien in Bedrängnis

Bukarest sieht sich nicht nur wachsendem Druck von seiten der Sowjetunion ausgesetzt, welcher in erster Linie die innenpolitische Entwicklung hemmt, sondern wird zurzeit auch mit einer unterschwelligen Wirtschaftskrise konfrontiert.

Nur teilweise erfüllter Wirtschaftsplan

Wiewohl die witterungsbedingt schlechten Ernten von 1968 und 1969 sowie die Ueberschwemmungen von 1970 die Hauptursachen für das allgemeine Absinken der landwirtschaftlichen Produktion darstellen, ist die rumänische Führung mit den Leistungen des Agrarsektors trotzdem äusserst unzufrieden. Auf der jüngsten Sitzung des Zentralkomitees wurde festgestellt, dass die Produktivität auf den Kolchosen beängstigend abgesunken, der Traktorenstand sogar rückläufig sei, die Mechanisierung keine Fortschritte mache, insbesondere die Bewässerung stark stagniere und die Erzeugung von Kunstdünger um nahezu 40 Prozent hinter dem Plansoll zurückgeblieben sei.

Nicolae Ceausescu übte harte Kritik, dass es noch immer zu Engpässen in der Versorgung komme und der Wirtschaftsplan, so vor allem bei Konsumgütern und in der Nahrungsmittelindustrie, unerfüllt geblieben sei. Selbst in der vorrangigen Schwerindustrie wurden die Planziele nur teilweise erreicht, und auffallend ist, dass der devisenbringende Maschinenbau am stärksten hinter den Planforderungen nachhinkt.

Während die Investitionstätigkeit ungefähr den aufgestellten Normen entsprach, vermochten in der Planperiode 1966 bis 1970 das Nationaleinkommen nur unwesentlich, die Reallöhne überhaupt nicht gesteigert werden. Des weiteren wuchs das Aussenhandelsdefizit über Erwarten an. Das erstemal wurde denn auch vom rumänischen ZK mit Besorgnis festgehalten, dass die Bevölkerung mit der sozialen Entwicklung unzufrieden sei und es unter den verschiedenen Schichten zu Spannungen kommen müsse. Gerade infolge der prekären Situation auf dem Dorfe habe die Landflucht aufs neue heftig wie noch nie zuvor eingesetzt.

Dass die Unzufriedenheit in diesem Balkanstaat wächst, ist längstens bekannt. Rumänien vermittelt das typische Bild einer jeden Planwirtschaft, die an der Schwelle zur intensiven Bewirtschaftung angelangt ist: das augenfällige Missverhältnis der Produktion von Verbrauchsgütern zur industriellen Erzeugung, welches, obwohl schon seit Jahren versprochen, nie ernsthaft korrigiert wird und zwangsläufig die Lebenshaltung verschlechtern muss.

Teuer bezahlte Sonderstellung

Die Fehlproportion im Wirtschaftshaushalt hat ihre Ursachen und Wirkungen. Zunächst einmal ist sie das Resultat einer autarken und extensiven Wirtschaftspolitik, die mit den ökonomischen und politischen Zielsetzungen der anderen Comecon-Länder unter der Suprematie des Kremls zunehmend in Konflikt geraten ist, an der das Regime Ceausescu indessen verbissen festhält, je stärker der Druck Moskaus wird.

Dass im speziellen das immer grösser werdende Aussenhandelsdefizit, in erster Linie in harter Währung anfallend, den Staatshaushalt übermässig belastet, liegt auf der Hand. Nach dem Verlauf der letzten Comecon-Konferenz in Bukarest zu schliessen, wird sich Rumänien nicht mehr länger den Integrationsbemühungen der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft widersetzen, sofern sich dies nicht nachteilig auf seine Integrität auswirken könnte. Bukarest musste einsehen, dass der vom Westen gekaufte «Know how» – unser technischer Fortschritt – einem Entwicklungsstaat zu teuer zu stehen kommt. Schon aus diesem Grunde bleibt das Land eng mit dem Comecon verbunden.

Rumäniens riesige Devisenschulden im Westen haben aber auch nachhaltig auf die Lebenshaltung gedrückt. Die Reaktion der Rumänen darauf war in der Regel eine gesunkene Arbeitsmoral. Die Arbeitsproduktivität sank in den Fabriken am raschesten ab, die sich ausgerechnet im Uebergangsstadium von einer extensiven zu einer intensiven Bewirtschaftung befanden. Für die rumänische Wirtschaft somit eine sehr kritische Phase.

Ceausescu zieht die Zügel an

Bekanntlich hat der Erste Parteisekretär in den vergangenen Wochen den kultur- und innenpolitischen Kurs verschärft. Der Jugend warf er vor, sie sei dekadenten, bourgeoisen Einflüssen aus dem Westen erlegen, die Kulturschaffenden bezichtigte er des Verrats am Sozialistischen Aufbau, sie seien kleinliche Kritikaster an der sozialistischen Gesellschaft geworden und hätten ihr Sendungsbewusstsein aufgegeben, und von den Werktätigen forderte er er-

höhte Arbeitsleistungen. Kein Wort war mehr zu vernehmen von dem im Frühling auf dem Gewerkschafts- und Komsomolkongress abgegebenen Versprechen, die Partei werde nun endlich an eine Reformierung der politischen und wirtschaftlichen Struktur herangehen.

Nach den Vorstellungen Ceausescus hätten die Gewerkschaften die Kontrollfunktion über Partei und Staat übernehmen sollen. Dieses Reformvorhaben geriet allerdings alsbald unter den Beschuss der sowjetischen Presse, an vorderster Stelle des Gewerkschaftsorgans «Trud», welches Parallelen zum Prager Frühling zu ziehen begann. Und nach mehrmaligen direkten Interventionen sowjetischer Parteiführer in Bukarest sahen sich die Rumänen gezwungen, die Zügel im Inneren wieder anzuziehen und ihre Reformpläne fallen zu lassen. Dieses unheilvolle Wechselspiel wickelt sich nun schon seit Anfang 1966, regelmässig wiederkehrend ab, und es fällt auf, dass die Pressionen Moskaus regelmässig darauf ausgerichtet sind, geplante Lockerungen des Ceausescu-Regimes zu vereiteln.

Bukarests labile Position

Unter solchen Umständen werden immer dringlicher werdende Strukturreformen bloss aufgeschoben und wird die Lage der Führung immer prekärer. Aber auch im aussenpolitischen Bereich ist die Klammer Moskaus enger geworden, seit Ceausescu von seiner Asienreise zurückgekommen ist. Der erste Parteisekretär sieht sich immer hartnäckiger in einem unausweichlichen ideologischen Gegensatz mit der UdSSR verhaftet, die seine neutrale, ja vermittelnde Position im Konflikt mit Rotchina nun nicht mehr länger zu dulden gewillt ist. Er sieht sich in einem Teufelskreis verfangen: Je mehr er sich ausserhalb des Warschauer Paktes nach Rückendeckung umsucht, wozu er je länger je mehr sich gestossen sieht, desto mehr verschlechtert er die Lage seines Landes und blockiert damit die eigene Innnenpolitik. Diese kann sich immer weniger nach dem Willen der eigenen KP entfalten und hemmt in letzter Konsequenz den ökonomischen Fortschritt. Einschränkend muss hingegen doch gesagt werden, dass man die Reformfreudigkeit der rumänischen Parteiführer wiederum nicht überschätzen darf. Gewiss ist einzig, dass die Situation dieses Balkanlandes immer undurchsichtiger und verstrickter wird, die innen- und aussenpolitische Problematik für die Führung immer nachteiliger und voller Fallstricke.

Bruno Schläppi, Wien